

Kurze Entfernungen zwischen Erzeuger, Speicher und Verbraucher vermindern den Leitungsbau und erhöhen die Versorgungssicherheit

Die Zeit drängt, Schnelligkeit zählt!
Deshalb - Dezentrale Lösungen statt Großprojekte!

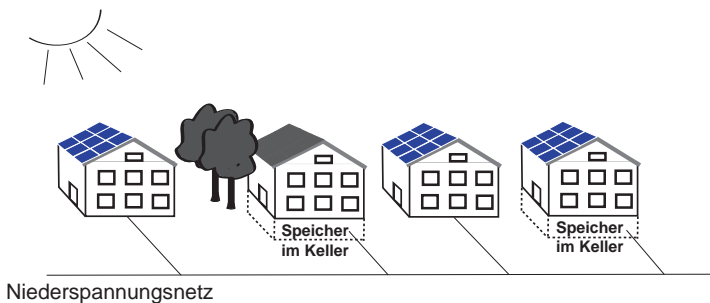
Wir können nicht auf Solaranlagen in Afrika (Desertec), Offshore-Windparks in Nord- und Ostsee, Pumpspeicherkraftwerke in Norwegen sowie die dazugehörigen europaweiten Fernleitungen (Supergrid) warten.

Solche zeitaufwändigen Großprojekte können nur von großen Energiekonzernen bewältigt werden. Doch die sind nicht an schneller Umsetzung interessiert, weil sie ihren eigenen Kraftwerken, Braunkohlegruben, Raffinerien, Tankstellen und Gasleitungen keine Konkurrenz machen wollen.

Wir brauchen Akteure, die von den Großkonzernen unabhängig sind, und Interesse an schnell zu verwirklichenden, dezentralen Projekten haben.

Hunderttausende von Solar- und Windanlagen sowie dezentrale Stromspeicher überall im Land werden ein robustes Energieversorgungssystem bilden, das im Katastrophenfall regionale Funktionsfähigkeit behalten kann.

Wir setzen auf dezentrale Lösungen.



Über die Potentiale der heimischen Erneuerbaren Energien und den nationalen Energiebedarf informiert www.energiewenderechner.de

Dezentrale Stromspeicher für Solarstrom

Bei weiterem Solarausbau liefern die Solarstromanlagen mittags zunehmend mehr Energie als gleichzeitig verbraucht werden kann. Netzausbau ist nicht die Lösung, denn in wenigen Jahren wird es bei Sonnenschein fast überall Solarstromüberschüsse geben. Deshalb brauchen wir zunächst Kurzzeit-Stromspeicher. Diese Speicher - nicht nur in den Häusern mit Solaranlagen, sondern auch in den Kellern der benachbarten StromVERBRAUCHER - können den Stromüberschuss aufnehmen, um ihn im Lauf des Abends und der kommenden Nacht wieder an die Bewohner des Straßenzuges abzugeben.

Aktuell wird diskutiert: Sollen wir den Ausbau der Solarenergie vorübergehend bremsen, bis genügend Stromspeicher installiert sind?

Unsere Antwort: Nein, das wäre ein Fehler! Erst der schnelle weitere Solarausbau schafft die regelmäßigen hohen Stromüberschüsse, die zukünftig den Einsatz von Kurzzeit-Stromspeichern wirtschaftlich interessant machen.

Es macht keinen Sinn, wenn die Solaranlagenbauer auf die Speicher warten, denn die Speicherbauer warten ihrerseits auf die Solarüberschüsse. Und die Zeit drängt!

Politische Forderungen

- Gewinnbringende Solarstromvergütungen
- Baurechtliche Privilegierung der Windenergie im Außenbereich ohne Einschränkung
- Stromspeichergesetz:

Variable Strompreise im Ortsnetz, die jedem Stromkunden oder -Verbraucher jederzeit den örtlichen Überschuss oder Mangel signalisieren.

Zum Anschub zusätzlich einen Speicherbeitrag

Drei Schwerpunkte für die Energiewende



Solarenergie


kann schneller wachsen, das städtische Potential liegt brach

Windenergie

überall, auch in der Nähe der Städte und Industriegebiete ausbauen

Dezentrale Stromspeicher

gleiches das schwankende Angebot von Wind und Sonne aus

 Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V.

Frère-Roger-Str. 8-10 • 52062 Aachen
Tel.: 0241-511616 • Fax: 0241-535786
zentrale@sfv.de • <http://www.sfv.de>

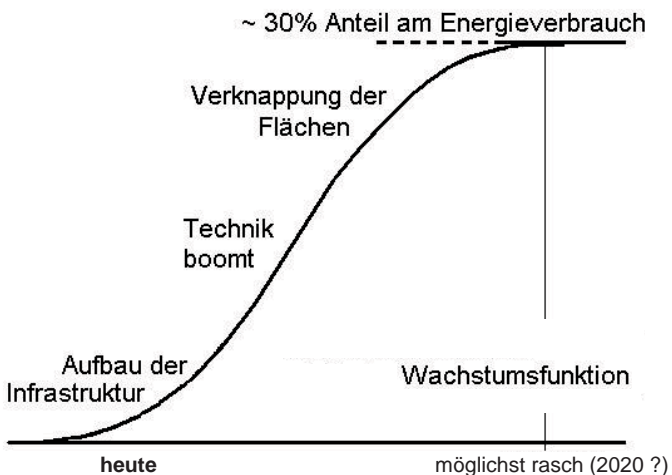
Das Jahr 2010 hat gezeigt: Solarenergie kann schneller wachsen als geplant - Ergreifen wir die Chance!

Schon jetzt (Frühsummer 2011) liefert die Solarenergie an vielen Tagen um die Mittagszeit Leistungspitzen weit über 10 Gigawatt (mehr als 10 Atomkraftwerksblöcke). Eine Erhöhung der Solarstromvergütung könnte das Tempo des solaren Ausbaus noch steigern. Die Solarstromvergütung wurde deshalb bisweilen als "Gaspedal der Energiewende" bezeichnet.

Wenn man Vollgas gibt, nimmt das Ausbautempo zu, aber - keine Sorge - es wird nicht unendlich hoch, denn wenn die passenden Dach- und Fassadenflächen knapp werden, geht das Ausbautempo wieder von alleine zurück.

Die Einführung neuer Techniken verläuft häufig in der Form einer sogenannten „Wachstumsfunktion“.

So könnte es auch bei der Solarenergie gehen. Außerplanmäßige Vergütungsabsenkungen müssen dabei allerdings ausgeschlossen werden.



Solarsiedlung Freiburg: So sollte es überall aussehen! Foto: Rolf Disch

Das städtische Solarpotential liegt brach

Jeder zweite Deutsche lebt in einer Stadt oder einem Stadteinzugsgebiet. Dort hat die solare Energiewende bisher kaum Einzug gehalten. Ein Blick auf die städtischen Dachlandschaften bestätigt diese Feststellung auch ohne aufwendige Statistik. Das Zurückbleiben des städtischen Solarwachstums gegenüber dem ländlichen Bereich liegt nicht nur am erhöhten Aufwand für Planung, Einrüstung und Durchführung der Montage, sondern auch an den anderen Eigentumsverhältnissen im Stadtbereich: Eigentümer innerstädtischer Immobilien bewerten die Risiken einer solaren Investition offensichtlich vorsichtiger.

Ohne Gewinnaussichten kommt die Energiewende nicht voran.

Notwendig ist deshalb die Rückkehr zu einer profitablen Einspeisevergütung. Entscheidend ist, dass die Energiewende so schnell wie möglich vorankommt, bevor der nächste Atomunfall Millionen unglücklich macht oder der Klimawandel unbeherrschbar wird.

Bürokratische Hindernisse für die Windenergie beseitigen

Gebietskörperschaften, also Gemeinden und Kreise, können mit einem bürokratischen Trick den Bau von Windanlagen im gesamten Planungsgebiet verhindern, wenn sie eine sogenannte "Windkonzentrationszone" - auch "Windvorrangsbereich" genannt - einrichten. Auf allen übrigen Flächen im sogenannten "Außenbereich" dürfen dann automatisch keine Windanlagen mehr errichtet werden.

Diese Bestimmung findet sich im Bundesbaugesetzbuch unter § 35 Abs. 3 letzter Satz und lautet: „Öffentliche Belange stehen der Errichtung von Windanlagen in der Regel auch dann entgegen, soweit die Ausweisung eines Gebietes für Windanlagen an anderer Stelle erfolgt ist.“

Diese Bestimmung muss gestrichen werden. Sie nimmt den Eigentümern das Recht, ihr eigenes Land im Sinne des Klimaschutzes mit Windanlagen zu nutzen, selbst dann, wenn sie dort von Naturschutzgebieten und Wohngebäuden den notwendigen Abstand haben. Wir empfehlen den Betroffenen wegen dieser „Wertminderung“ ihres Grundbesitzes, sich z.B. an den Deutschen Bauernverband mit der Bitte um eine politische Initiative zu wenden.



Foto: Bundesverband WindEnergie e.V.